Nr. 212. Dienstag, den 10. September 1918. 32. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Post einschließlich Bringegeld monatlich ℳ 1,75, vierteljährlich ℳ 5,20 durch die Austräger wöchentlich 40 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und in den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. **Hamburg 36.** Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: **Karl Petersson** in **Hamburg**.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰ zuzüglich 33⅓ pZt. Teuerungszuschlag. **Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen** 35 ₰. **Anzeigen-Annahme** Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (**bis 4 Uhr nachm.**), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstr. 11.

Zum Wiederaufbau der Friedenswirtschaft.

Obwohl noch immer kein Ende des Krieges abzusehen ist, wenden sich doch schon seit lange die Gedanken der Frage zu, was geschehen muß, um das durch den Krieg arg zerrüttete Wirtschaftsleben Deutschlands wieder in geregelte Bahnen zu lenken und ihm die Kraft zu geben, die ungeheuren Schäden, die der Krieg ihm zugefügt hat, wieder zu beheben. Es sind ja auch schon mancherlei Schritte getan, um die Ueberleitung unseres Wirtschaftslebens aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zu erleichtern und sie vor der Verwirrung des Sichselbstüberlassenseins zu schützen. Daß die unter dem Zwange des Mangels auf fast allen Gebieten, an Nahrungsmitteln ebenso wie an den wichtigsten Rohstoffen, stehende zwangsläufige Kriegswirtschaft nicht ohne weiteres durch das „freie Spiel der Kräfte“ auf allen Wirtschaftsgebieten ersetzt werden kann, darüber sind sich alle verständigen Politiker und Volkswirte einig. Es wird auch für die Zeit des Ueberganges, für manche Wirtschaftszweige auch noch darüber hinaus, eine organisierte Regelung des Wirtschaftslebens aufrecht erhalten werden müssen, schon deshalb, weil wir voraussichtlich auch nach dem Kriege noch längere Zeit an vielen unserer wichtigsten Bedarfsartikel Mangel leiden werden und nur unter einer systematischen Regelung der Verteilung und des Verbrauchs einem wilden wirtschaftlichen Konkurrenzkampf vorgebeugt werden kann, der für unser Wirtschaftsleben verderblich werden müßte. Hat das „freie Spiel der Kräfte“ schon in normalen Zeiten, wo von allem, was gebraucht wird, genügend Vorräte in der Welt vorhanden sind, seine bedenklichen Schattenseiten, so wird es zu einer unmittelbaren Gefahr in Zeiten völlig anormalen Mangels auf allen Gebieten und fast in der ganzen Welt.

Darüber können Zweifel eigentlich überhaupt nicht bestehen. Soweit sich dagegen die Opposition richtet, kann sie nur als Ausfluß egoistischer Gewinninteressen angesehen werden, deren Vertreter alle Rücksichten auf das Gemeinwohl beiseite zu schieben bereit sind. Bis zum gewissen Grade berechtigt ist aber die Opposition gegen den in der Kriegswirtschaft sich vielfach breitmachenden Ueber-Bureaukratismus, der auch dort, wo es unnötig ist, das lebendige Wirtschaftsleben in starre Formeln hineinzupressen sucht und Verteilung und Verbrauch mit überflüssigen Kosten belastet. Dafür hat die Kriegswirtschaft der verflossenen Jahre ja manche abschreckende Beispiele erbracht; gerade dadurch ist der sogenannte „Kriegssozialismus“ so stark in Verruf gebracht worden. Der Krieg mit seiner Not und seinem Mangel hat die Notwendigkeit organisierter Zusammenfassung als absolut dringend dargetan. Aber dieser Organisation muß Leben und Bewegung innewohnen; sie darf nicht zur bureaukratischen Schablone erstarren.

Daß dies in mancher Hinsicht geschehen; daß manche Maßregeln der zentralen Bewirtschaftungsstellen sich als verfehlt erwiesen haben und oft mehrfach geändert werden mußten, hat besonders für die Uebergangszeit, in der sich die Verhältnisse am schwierigsten gestalten werden, in vielen Erwerbskreisen Besorgnisse hervorgerufen. Vor allen auch in den Handelskreisen Hamburgs, die anerkannterweise durch den Krieg wirtschaftlich mit am schwersten geschädigt worden sind. Hier ist man ja immer dem „freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ sehr zugetan gewesen, denn es ermöglichte die großen Handelsgewinne, auf denen Hamburgs Reichtum beruhte. Hier in Hamburg ist man darum auch besonders tätig gewesen, um dieses Feld für gewinnbringende Erwerbstätigkeit möglichst bald wieder unbeschränkt beherrschen zu können. Hier hat sich auch im Juni d. J. gelegentlich des Besuches der Reichstagsabgeordneten in Hamburg unter dem Vorsitz des Generaldirektors Ballin ein Ausschuß für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft gebildet, der im Sinne der eben bezeichneten Bestrebungen tätig sein soll. Dieser Ausschuß ist jetzt mit einer Erklärung an die Oeffentlichkeit getreten, die sich in erster Linie an die Kaufmannschaft wendet und in dieser anscheinend schon vorhandene Stimmungen für eine organisierte Wirtschaft zu bekämpfen sucht. Die Erklärung lautet:

„1. Unter dem Eindruck der behelfsmäßigen Organisation der Kriegswirtschaft und der völlig anders gelagerten Verhältnisse in der Industrie, machen sich viele Kaufleute, denen die Erfahrungen der Friedenszeit aus der Erinnerung geschwunden sind, mit dem Gedanken vertraut, hinfort ihr Geschäft mit den Berufsgenossen in kartellartigen Verbänden unter Vormundschaft des Staates betreiben zu müssen.

Sie übersehen, daß sie hierbei selbst zur Ausschaltung der persönlichen Initiative beitragen, auf welcher die Lebenskraft alles Groß- und Ueberseehandels beruht. Jedes einheitlich arbeitende Gebilde hat, mag sein Umfang groß oder gering sein, nur für wenige führende Köpfe Raum. Die Mehrzahl der Mitglieder eines Handelskartells sinkt in die Rolle einflußloser Geldgeber herab. Ihre besondere Geschäftserfahrung kann in solcher Rolle nicht zur Geltung kommen und wird binnen kurzem verkümmern, während für den kleinen Kreis der Wissenden durch ihre bevorzugte Stellung die Gefahr heraufbeschworen wird, daß ihr Handeln nicht nur von sachlichen Erwägungen bestimmt wird.

2. Diese Haltung eines Teiles der Kaufmannschaft stützt sich auf die Meinung, welche die Regierung hinsichtlich der sogenannten Uebergangswirtschaft hat. Der Ausschuß ist der festen Ueberzeugung, daß der Augenblick, genau umschriebene Pläne für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft zu machen, noch nicht gekommen ist. Wenn die Regierung auch ihre Maßnahmen nur als vorbereitende bezeichnet hat, so hält der Ausschuß diese Schritte gleichwohl für gefährlich, weil sie tatsächlich nicht so sehr einem Wiederaufbau der Friedenswirtschaft als vielmehr einer Verewigung des Verteilungsmechanismus dienen. Diese Methoden stützen sich nicht auf die Arbeit der freien, unter eigener Verantwortung arbeitenden Persönlichkeit, sondern würden dauernd von Quoten und Verteilungsschlüsseln beherrscht werden, für welche zutreffende rechnerische Grundlagen überhaupt nie gefunden werden können, da die Weltwirtschaft als Ganzes solcher Zahlenkünste spottet. Wie in der Kriegführung, wird auch in der Wirtschaft der lebendige Geist das Maß des Erreichbaren bestimmen.

3. Der Ausschuß erblickt in der vielfach erörterten Absicht, nach dem Beispiel der östlichen Friedensverträge auch anderweitig Rohstofflieferungen von Staat zu Staat auszubedingen, ein Zeichen dafür, daß die Befürworter dieses Gedankens die weltpolitischen Verhältnisse und Interessen völlig verkennen.

4. Der Ausschuß hält die innerpolitische Rückwirkung einer Mechanisierung des Außen- und Großhandels auf alle Erwerbsstände für geradezu verhängnisvoll.

Der Kampf um die Beteiligungsquote wird zu einer Zurückdrängung neuer Firmen führen, da die alten befürchten, von dem eingeschränkten Geschäft sonst nicht genügend erhalten zu können. Einengende Vorschriften werden in schneller Folge zu Zunftordnungen hindrängen, welche jede Initiative überwuchern, die Wagemutigen aus dem Erwerbszweig und schließlich überhaupt aus dem Lande verweisen werden. Die hiermit verbundene Einschrumpfung der Volkswirtschaft wird zugleich ganze Teile ihres hochentwickelten Arbeitsorganismus lahmlegen und damit Angestellte und Arbeiter brotlos machen, oder doch auf kümmerliche Einkommensverhältnisse zurückwerfen, die ihnen angesichts des Preisstandes der notwendigen Waren eine ausreichende Lebenshaltung nicht mehr gestatten werden.

5. Der Ausschuß warnt den deutschen Kaufmann davor, die Zeit des Wartens, welche der Krieg ihm auferlegt hat, dazu zu benutzen, sich in matter Resignation den Plänen zu überlassen, welche aus dem Geist der geschlossenen Binnenwirtschaft sowie des Obrigkeits- und Beamtenstaates quellen. Der Ausschuß fordert den Kaufmann vielmehr auf, sich auf die Wurzeln seiner Kraft zu besinnen: auf die schöpferische Freiheit des Handelns, mit welcher die wache Energie des Einzelnen sich dem täglichen Wandel der Dinge anpaßt, während der Beamte sich hierbei im Labyrinth der Kompetenzen in eine durch Förmlichkeiten verhüllte Entschlußunfähigkeit versetzt sieht.

Solche Warnung ist um so berechtigter, als es auf dem einmal eingeschlagenen falschen Wege eine Umkehr überhaupt nicht mehr gibt. Die geknebelte Volkswirtschaft würde, selbst wenn späte Einsicht ihr die Freiheit wiedergeben sollte, sich von ihrem Platz im internationalen Wettbewerb hoffnungslos verdrängt finden.

6. Der Ausschuß erhebt in aller Entschiedenheit seine Stimme dagegen, daß dem Bundesrat ein neues Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen der sogenannten Uebergangswirtschaft bewilligt werde. Jedes gesetzgeberische Eingreifen in das Wirtschaftsleben welches nach Lage der heute noch nicht zu übersehenden Verhältnisse notwendig werden sollte, muß unter Mitwirkung des deutschen Reichstages unter sorgfältiger Prüfung durch Sachverständige erfolgen, damit nicht zum Schaden der Volkswirtschaft schließlich die sich überstürzenden Bundesratsverordnungen der einzige Rohstoff bleiben, an welchem kein Mangel besteht.“

Diese Warnung lehrt, daß die erwähnten Stimmungen in der Kaufmannschaft, wenn auch nicht Hamburgs, so doch im übrigen Deutschland sich schon stark bemerkbar machen müssen. Man darf den Grund dafür vielleicht mit in der Tatsache suchen, daß ein Teil der Kaufmannschaft in den vielen Zentralstellen beschäftigt ist und dort eigene Interessen befriedigt findet, vielleicht auch die Einsicht gewonnen hat, daß es in so schwierigen wirtschaftlichen Lagen, wie sie der Krieg geschaffen hat, gar nicht anders möglich ist, die Versorgung der Volksmassen zu sichern, daß diese Sicherung aber auch für die schwierige Uebergangszeit wenigstens zum Teil wird beibehalten werden müssen. Im besonderen hinsichtlich der Rohstoffversorgung, weil ganz unzweifelhaft mit der Wiederherstellung des Friedens ein gewaltiger Ansturm auf die gelichteten Rohstoffvorräte der Welt erfolgen wird. Ob die Rohstofflieferung von Staat zu Staat, wie sie in den östlichen Friedensverträgen vorgesehen ist, das beste Mittel ist, uns einen ausreichenden Anteil an den vorhandenen Rohstoffen zu sichern, mag vielleicht fraglich erscheinen, ebenso ob eine solche Regelung bei den Friedensverträgen mit den Westmächten und Amerika überhaupt zu erreichen ist. Wenn man sich mancher Auslandsgeschäfte der Z.-E.-G., über die in den Zeitungen viel geschrieben worden, erinnert, dann mögen Zweifel daran berechtigt sein.

Es kann auch zugegeben werden, daß der Auslandshandel am schwersten einer organischen Regelung unterworfen werden kann, weil eine feste verpflichtende Organisation über die Grenzen der Staaten hinaus schwer durchzuführen und die Innehaltung der Verpflichtungen nicht leicht zu erzwingen ist. Am wenigsten im Moment allgemeiner Zerrüttung der Volkswirtschaft nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in den neutralen Ländern. Hier ist also in der Tat für die Privatinitiative des Kaufmanns noch ein verhältnismäßig großer Spielraum, der vielleicht die Möglichkeit eröffnen könnte, das für uns Notwendigste schneller und in größerem Umfang zu erlangen, als wenn von seiten des Staates der Handel in die Hand genommen wird. Vielleicht! Sicher ist aber unter den vorliegenden Umständen auch das nicht.

Darin ist dem Ausschuß für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft zuzustimmen, daß für genau umschriebene Pläne für den Wiederaufbau die Zeit noch nicht gekommen ist. Für die Einzelheiten solcher Pläne hängt sehr viel vom weiteren Verlauf und Ausgang des Krieges, wie vom Inhalt der Friedensbedingungen ab. Da aber ohne Mitwirkung des Staates es überhaupt nicht abgehen wird, so ist es gleichwohl nötig, sich rechtzeitig über die Grundgedanken einig zu werden, die dabei im allgemeinen werden maßgebend sein müssen. Dabei wird es sich nicht um eine Verewigung des heutigen Verteilungsmechanismus handeln können, sondern vor allem darum, unsere Volkswirtschaft schnell wieder zu beleben, damit die Summe ihrer Erzeugnisse rasch anwächst, um mit den knappen Rationierungsportionen aufzuräumen und dem Konsum wieder breiteren Spielraum verschaffen zu können.

Völlig Recht hat der Ausschuß mit der Warnung vor einer Knebelung der Volkswirtschaft. Die darf nicht eintreten, braucht aber auch nicht einzutreten, wenn das Reich sich auf die Gestaltung der Uebergangswirtschaft den notwendigen Einfluß sichert. Das braucht auch nicht zu einer geschlossenen Binnenwirtschaft zu führen, die in der Tat für einen hochentwickelten Industriestaat eine Unmöglichkeit ist. Aus dem internationalen Wettbewerb darf und wird Deutschland sich nicht verdrängen lassen, denn ohne den weltwirtschaftlichen Wechselverkehr würde Deutschland seine ständig wachsende Bevölkerung gar nicht erhalten können.

Zustimmen können wir auch dem Verlangen des Ausschusses, daß nicht dem Bundesrat allein alle die wichtigen, die Uebergangswirtschaft betreffenden Entscheidungen überlassen werden, daß vielmehr der Reichstag zur Mitentscheidung herangezogen wird. Unter dem Einfluß des gleichen Wahlrechts herrscht dort doch eine viel engere Fühlung mit dem wirtschaftlichen Leben des Volkes als im Bundesrat. Die Mitwirkung des Reichstags wird auch einen Schutz gegen das Ueberwuchern des Bureaukratismus bieten.

Wo stehen wir?

Der stellvertretende Chef des Generalstabes der Armee v. Freytag-Loringhoven hat am Sonnabend abend einen Aufklärungsvortrag über die richtige Einschätzung kriegerischer Ereignisse gehalten. Feindliche Ueberlegenheit an Menschen und vor allem an technischem Material haben zum Aufgeben der im Frühjahr angesetzten Offensive geführt. Sie erzwangen das Einstellen des Bewegungskrieges, der im Osten zu einem vollständigen deutschen Sieg geführt hatte. Im Westen ringen wir nur um die Behauptung der zu Kriegsbeginn errungenen Stellungen. Diese Verteidigung würden wir siegreich bis ans Ende durchführen. Kritische Lagen weit ernsterer Natur in den vorausgegangenen Kriegsjahren hätten wir überstanden, ohne daß sie uns recht zum Bewußtsein gekommen wären. Jetzt, nach der langen Dauer des Krieges, bestünde die Gefahr, daß wir uns selbst eine Niederlage einreden. Moralische Potenzen entscheiden den Krieg, und alles hängt jetzt von dem festen, unbeugsamen Willen ab, im Kampf ums Dasein nicht nachzulassen, nicht die Errungenschaften von vier opferreichen Kriegsjahren, die ganze deutsche Zukunft preiszugeben.

All dem wird man zustimmen können. Aber wie steht es eben um die Moral an der Front und in der Heimat, um die Festigkeit des Siegeswillens, der jetzt nach der übereinstimmenden Erklärung der Zivilregierung und der militärischen Führer ein reiner Verteidigungswille sein soll? Das ist keine militärische Frage mehr, sondern ein ausgesprochen politisches Problem, von dessen Behandlung der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, sich unmöglich fernhalten kann.

Der militärische Mitarbeiter des „Vorwärts“, der frühere Oberst Gaedke, spricht heute die Ueberzeugung aus, daß der riesige Angriff, den Engländer und Franzosen seit mehr als einem Monat ununterbrochen auf einer Front von über hundert Kilometern führen, die endgültige Entscheidung des Krieges herbeiführen soll. Sein Mindestziel sei die Eroberung der flandrischen Ubootshäfen, und nach Flandern hin sei eine Ausdehnung der feindlichen Offensive zu erwarten. Gegenüber dem Feind, der Leib und Leben an die rasche Entscheidung setze, kämpfe umgekehrt die deutsche Heeresleitung in einer Rückzugsschlacht größten Stils um Verzögerung des feindlichen Vormarsches und um Zeitgewinn. Aber offenbar müsse die Rückzugstaktik einmal aufhören, und dann beginne der eigentliche Entscheidungskampf, sei es weiter in der Verteidigung gegenüber der feindlichen Uebermacht einer taktisch stärkeren Kampfform, oder im Gegenschlag.

Das ungestüme Drängen der feindlichen Heeresleitung nach einer Entscheidung um jeden Preis, führt Oberst Gaedke auf die zermürbende Wirkung des Unterseebootkrieges zurück, der den Feinden zweifellos hart zusetze. Alle Welt, und insbesondere die Arbeiterklasse, sehne vor allem ein Ende des Krieges herbei, und trotz aller furchtbaren Schrecken und ernsten Gefahren des Entscheidungskampfes würden Heer und Heimat befreit aufatmen, wenn sie wüßten, daß dies nun wirklich das letzte große Ringen ist. Aber an die Erreichung der deutschen Unterseebootbasis in Flandern haben die Engländer schon im Vorjahre alle Kraft gesetzt. Und nachdem ihre opferreichen Angriffe mißlungen waren, haben sie sich gleichwohl zu keiner Verständigung bereit gefunden, weder als die Russen nach Brest-Litowsk noch als die Führer der deutschen Mehrheitsparteien nach der Schweiz zu Verhandlungen einluden. Wir vertrauen darauf, daß die deutsche Verteidigung auch diesmal hält, bis der Winter eine Kampfpause herbeiführt. Aber wir glauben nicht daran, daß die Entente dann zur Verständigung die Hand reichen wird. In der soeben wieder zusammengetretenen französischen Kammer ist Clemenceau zunächst nicht der geringsten Opposition begegnet; selbst wenn der Feldzug des Jahres 1918 schließlich mit einer Enttäuschung für die Siegeshoffnungen der Feinde endet und der Widerspruch gegen das Programm des Endsieges in Frankreich erneut erwacht, wird er schwächer sein als im Vorjahr, und auch Lloyd George sitzt fester im Sattel als je.

Es ist die selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, trotz dieser ungünstigen Aussichten alles zu tun, um, wenn irgend möglich, den Frieden zu erreichen; aber es ist die Pflicht des Politikers, sich darauf einzurichten, daß die Feinde auch in diesem Kriegswinter jede Verhandlung rundweg ablehnen und ihre Völker weiter mit der Hoffnung auf das Eingreifen noch stärkerer amerikanischer Kontingente im nächsten Jahre vertrösten. Dann aber gewinnt die Lehre des stellvertretenden Generalstabschefs, daß moralische Potenzen den Krieg entscheiden, doppelte Bedeutung. Und der Reichstag muß sich alsbald zusammenfinden und darüber beraten, wie man neue Sicherheiten dagegen schaffen kann, daß nicht in Deutschland, wie es in Rußland geschah, der Gedanke des Friedens um jeden Preis neue Kraft gewinne. Eine solche Selbstaufgabe war schlimm schon für das agrarische Rußland; für das industrielle deutsche Volk, das unbedingt Rohstoffbezug und Fabrikatabsatz nach aller Welt braucht, wäre die Niederlage die vollständige Vernichtung und unvorstellbares Elend auf Jahrzehnte hinaus.

Die Erscheinungen, welche die Volksmoral bedrohen, sind bekannt: das fortwährende Steigen aller Preise, die Riesengewinne der Kriegslieferanten und Schieber, die Ungleichmäßigkeit der Lebensmittelversorgung, der harte Druck der inneren Unfreiheit, die Verschleppung der Wahlreform und aller Not gegenüber die Untätigkeit und Schwäche der Regierung, bei der man sich immer wieder fragen muß, ob sie denn überhaupt noch da ist. Der Reichstag wird die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Widerstandskraft auf sich nehmen und alle daraus hervorgehenden Schlußfolgerungen rücksichtslos ziehen müssen. Die Zeit drängt!

IK.

Deutscher Heeresbericht.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 8. September.

Infanterieabteilungen brachten aus belgischen Linien östlich von Merkem Gefangene zurück. Nördlich von Armentières wiesen wir erneute Angriffe der Engländer ab.

An der Schlachtfront stehen wir überall in unseren neuen Stellungen. Der Feind suchte gestern südlich der Straße Péronne—Cambrai mit stärkeren Kräften an sie heranzukommen. Nachhuten stellten ihn zum Kampf, wichen überlegenem Gegner kämpfend aus und schlugen am Abend westlich der Linie Gouzeaucourt—Epehy—Templeux heftige Angriffe ab. Beiderseits der Somme ist der Feind auch gestern nur zögernd gefolgt. Wir stehen mit ihm in Linie Vermand—St. Simon und am Crozat-Kanal in Gefechtsfühlung. Nördlich der Aisne hat sich der Artilleriekampf verschärft. Westlich von Premontre—Brancourt scheiterten starke Teilangriffe des Gegners. Südlich der Ailette hat sich der Feind an unsere Linien östlich von Vauxaillon herangearbeitet. Starke Angriffe zwischen Vauxaillon und westlich von Vailly, die sich bis zum Abend mehrfach wiederholten, wurden abgewiesen.

Zwischen Aisne und Vesle ließ die Kampfthätigkeit nach.

*

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 9. September.

Oertliche Kämpfe nördlich vom Ploegsteert-Walde und am La Bassée-Kanal. Nördlich von Armentières griff der Feind von neuem an; wir wiesen ihn ab und machten Gefangene.

Im Kanal-Abschnitt Arleux—Mavrincourt Artillerietätigkeit und Erkundungsgefechte. Südlich der Straße Peronne—Cambrai setzte der Feind seinen Angriff unter Einsatz stärkerer Kräfte gegen die Linie Gouzeaucourt—Epehy nördlich von Templeux fort; sie scheiterten unter schweren Verlusten für den Gegner. Unsere Vortruppen verwehrten gestern überlegenem Feind das Vorbringen über St. Simon und den Crozat-Kanal. Erkundungsgefechte zwischen Oise und Ailette. Zwischen Ailette und Aisne brach der Feind nach mehrfach vergeblichen Teilangriffen gegen Abend zum geschlossenen Angriff vor; er wurde auf der ganzen Front teilweise im Nahkampf und durch Gegenstöße blutig abgewiesen.

Zwischen Aisne und Vesle scheiterten Teilangriffe, in der Champagne Teilvorstöße des Gegners.

Aus einem englischen Geschwader, das zum Angriff auf Mannheim vorstieß, wurden fünf Flugzeuge abgeschossen.

Im August wurden an den deutschen Fronten 565 feindliche Flugzeuge, davon 62 durch unsere Flugabwehrgeschütze und 53 Fesselballons abgeschossen. Hiervon sind 251 Flugzeuge in unserem Besitz. Der Rest ist jenseits der feindlichen Linien erkennbar abgestürzt.

Wir haben im Kampf 143 Flugzeuge und 86 Fesselballons verloren.

Wege zum Weltfrieden.

Graf Czernin für eine neue Friedensaktion.

Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht unter dem Titel „Abrüstung und Schiedsgericht“ an der Spitze des Blattes einen längeren Artikel des früheren Ministers des Aeußern, Grafen Czernin, worin dieser in der Einleitung auf die letzte Rede des Staatssekretärs Dr. Solf hinweist, welche beweise, daß auch an maßgebenden Stellen in Berlin der Gedanke Raum gewinne, daß der Krieg eine neue Weltordnung gebären werde und daß nicht in verstärkten Rüstungen, sondern in den internationalen Abmachungen die Garantie zur Vermeidung künftiger Kriege zu suchen seien.

Graf Czernin zitiert sodann aus der heute erschienenen Broschüre Greys „League of Nation“ den Grundgedanken, daß ein Friede solange unmöglich ist, solange Deutschland nicht darauf eingeht, Mittel und Wege zu suchen, um die militärische Macht durch ein Schiedsgerichtsverfahren zu ersetzen, und betont, daß dieser Grundgedanke die Furcht Englands vor einem zukünftigen Kriege gegen ein übermächtiges Deutschland ist, mit dem Lloyd George das Volk vorwärts treibe. Die englische Vorstellung von Deutschland beruht jedoch auf einer ganz falschen Einschätzung der deutschen Volkspsyche, denn das deutsche Volk in erdrückender Mehrheit und der Kaiser an der Spitze wollen wirklich und ehrlich einen dauernden Frieden; sie denken nicht daran, den Frieden als Atempause für Kriege benutzen zu wollen. Aber von diesem Mißverständnis nährt sich der Krieg, und er wird sich von ihm nähren, solange dieses Mißverständnis besteht. Das wirkliche Deutschland will ebenso wie wir einen ehrenvollen Frieden. Es will keine Weltherrschaft, keine weiteren Kriege und keine Unterdrückung fremder Völker.

Graf Czernin weist sodann auf seinen in der bekannten Budapester Rede entwickelten Gedanken der neuen Weltordnung hin und meint, daß wir die Führung übernehmen sollten. Graf Czernin meint, daß die maßgebenden Stellen des Berliner Kabinetts sich heute öffentlich zu diesem Gedanken bekennen und da vermutlich auch der Minister des Aeußern, Burian, diesem Prinzip nicht ablehnend gegenüberstehe, nichts im Wege stehe, daß die Mittelmächte die Grundprinzipien der neuen Weltordnung ausarbeiten und damit vor die Welt treten.

Französische Friedensstimmen.

Nach längerem Schweigen ergreift Sembat wieder einmal das Wort. Sembat hält es für überflüssig, daß die Mehrheit und Minderheit bei dem bevorstehenden Nationalkongreß der sozialistischen Partei wiederum ihre Anhängerschaft zähle. Viel wichtiger sei es, daß die Partei zu der Friedensfrage endgültig Stellung nehme. In der Partei bestehe über die Frage des Friedens und seines Inhalts eine ungeheure Mehrheit. Das ganze republikanische Land, nicht nur die sozialistische Partei, bekenne sich zu dem Standpunkt, daß der siegreiche Friede für die Alliierten nicht in territorialem Zuwachs, sondern in der Errichtung eines neuen Regimes internationaler Beziehungen bestehe. Wir sind Sieger und der Krieg ist in dem Augenblick glücklich beendet, wenn wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker und eine allgemeine Abrüstung erreicht haben. Im Vergleich zu der Tragweite eines solchen Resultates ist jede Frage des Gebietszuwachses nebensächlich. Aufgabe der sozialistischen Partei ist es, diesem Gedanken zum Triumph zu verhelfen. Sie muß im Einvernehmen mit der Konföderation General du Travail es durchsetzen, daß die internationalen Arbeiterorganisationen bei den Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen vertreten sind. Falls der Nationalkongreß das praktische Mittel zu deren Verwirklichung festlegen könnte, würde er der Partei und der Welt den größten Dienst erweisen.

Der Deputierte Longuet protestiert im „Populaire“ energisch gegen die Knockout-Aeußerungen Tafts und Churchills, die das Todesurteil gegen die ganze Jugend der Welt seien. Dagegen müsse das internationale Proletariat mit allen Kräften Stellung nehmen. Die englischen Gewerkschaftler hätten der kriegsverlängernden Politik Havelock Wilsons, Lord Roberts' und sonstiger Kriegsverlängerer eine klägliche Niederlage bereitet. Dies gehe auch daraus hervor, welchen Weg die Arbeiterklassen im vergangenen Jahre zurückgelegt, wie sie sich vom blinden Chauvinismus und von Ausrottungs-Sophismen entfernt hätten. Es sei Pflicht der Arbeiter und Bauern Frankreichs, durch ihre Vertreter im Parlament und durch Anstrengungen in ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen nunmehr gleichfalls ihren Standpunkt in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen.

Die nordischen Volksvertreter für den Völkerbund.

Aus Kopenhagen berichtet das Wolffbureau: Der zehnte nordische interparlamentarische Kongreß schloß gestern seine Tagung ab, nachdem er einstimmig folgende Resolution angenommen: Die zehnte nordische interparlamentarische Delegiertenversammlung erklärt einen dauernden Frieden am besten durch die Errichtung eines Völkerbundes gesichert. Ein solcher, alle Staaten umfassender Friedensbund wäre nicht allein das wirksamste Mittel zur Vorbeugung des Krieges, es würde zugleich allen Nationen die Bedingungen für ein unabhängiges Dasein und freie wirtschaftliche Entfaltung sichern. Es wäre von größter Bedeutung, wenn der Völkerbund auf der gegenseitigen Verpflichtung der Staaten aufgebaut ist, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung übergebe, so daß zum wenigsten a) Streitfragen, die von beiden Parteien als Rechtsstreitfragen betrachtet werden, endgültig entschieden werden, je nach Wahl, entweder durch den festen Gerichtshof für internationale Rechtspflege oder durch den bestehenden Haager Schiedsgerichtshof; b) jeder andere Streitfall einem unparteiischen internationalen Untersuchungs- und Vergleichsamt zur Lösung übergeben wird, wobei sich die beteiligten Staaten verpflichten, innerhalb der für die Beilegung festgesetzten Frist zu keinen Machtmitteln zu greifen. Die Frist für die Beilegung darf nicht zu kurz bemessen sein, und das Amt, in dem die beteiligten Parteien selbst vertreten sind, soll das Recht haben, den Parteien einen Vorschlag zur Lösung des Streites zu unterbreiten. Es soll als Zentralorgan für die einzelnen eingesetzten Aemter dienen können.

Indem die Versammlung darauf hinweist, daß eine Anzahl Regierungen, sowohl neutrale als kriegführende, die Frage des Völkerbundes bereits durch besondere Kommissionen untersuchen lassen, fordert sie eindringlich alle interparlamentarischen Gruppen auf, diese Fragen einer allseitigen Erörterung auf der Grundlage der Vorarbeiten zu unterziehen, die vom interparlamentarischen Verband vor dem Kriege ausgeführt worden. Damit bezweckt sie, die öffentliche Meinung aufzuklären, jede für sich auf ihre Regierung einzuwirken. Die Versammlung fühlt sich überzeugt, daß schon ein großer Schritt zur Beendigung des Krieges getan wäre, wenn von verantwortlicher Seite bei beiden kriegführenden Gruppen dem Gedanken des Völkerbundes vorbehaltlich zugestimmt würde.